

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 21.09.2020
Antragsnr.: 184/2020
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, 21.09.2020

**Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 24.09.2020 zur aktuellen Tarifrunde TVöD
Aufforderung an die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Janik,

wie den Medien und den Informationen der Gewerkschaften zu entnehmen, ist auch in der 2. Verhandlungsrunde im Rahmen der Tarifverhandlungen zum TVöD am 19./20.09.2020 von der VKA wieder kein Angebot vorgelegt worden. Im Ergebnis rufen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sowie der Beamtenbund nun zu Streiks auf. Wir gehen davon aus, dass davon auch verschiedene städtische Einrichtungen betroffen sein werden wie z. B. die Müllabfuhr oder der Sozial- und Erziehungsdienst.

Daher stellen wir den **folgenden Dringlichkeits-Antrag** zur Sitzung des Stadtrats am 24.09.2020

1. Der Stadtrat fordert in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbands Bayern und damit auch der VKA die die Verhandlungsführung der VKA auf, ihre Blockadehaltung in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften und dem Beamtenbund aufzugeben und ein Angebot vorzulegen, das zu einem baldigen Tarifabschluss führt.
2. Der Oberbürgermeister formuliert dazu einen entsprechenden Brief rechtzeitig vor der nächsten Verhandlungsrunde an die VKA.

Begründung:

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der aktuellen Situation wie oben dargelegt.

Die aktuelle Situation ist nach der 2. Verhandlungsrunde am 19./20.09.20 sehr problematisch. Viele Bereiche des öffentlichen Dienstes wie z. B. die Kolleginnen und Kollegen im Pflegebereich oder in den Kitas wurden im Frühjahr noch als systemrelevant eingestuft und für ihr Engagement mit Lob und Beifall bedacht. Aber Klatschen allein reicht nicht! Zum Dank gehört auch die Wertschätzung ihrer Leistungen. Wie in vergangenen Tarifrunden hat die Verhandlungsführung der VKA zunächst kein Verhandlungsangebot vorgelegt. Im Gegenteil, sie haben die Gewerkschaften und Beamtenbund aufgefordert, auf ihre Forderungen zu verzichten. Dies ist besonders in der aktuellen Situation respektlos gegenüber den Beschäftigten und verdient Kritik, zumal die Gewerkschaften mit einem zurückhaltenden Angebot in die Verhandlungen gegangen sind, nachdem ihre Angebote, der aktuellen Situation tarifpolitisch gerecht zu werden, seitens der Verhandlungsführer der VKA rundweg abgelehnt worden sind.

Als Mitglied hat die Stadt Erlangen ein Interesse am Verlauf der Verhandlungen und einem von beiden Seiten akzeptierten Ergebnis. Ebenso muss es im Interesse des Stadtrats sein, dass zu den Belastungen durch die Pandemie nicht noch langwierige Tarifaueinandersetzungen einschließlich Streiks kommen. Es stellt keinen Eingriff in die Tarifautonomie dar, wenn die Stadt Erlangen als Mitglied im Arbeitgeberverband VKA auf eine schnelle Lösung drängt. Während der Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst 2015, auch als Kitastreik bekannt, hat damals neben anderen Kommunalparlamenten auch der Stadtrat in Fürth mit einem Beschluss die VKA aufgefordert, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Dem Beispiel sollte nun auch der Erlanger Stadtrat im Interesse der Beschäftigten sowie der Bürgerinnen und Bürger folgen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)